

Danziger Volksstimme

Einzelnummer 200 Wk.

Bezugspreis: Durch die Post u. Austrag. 4000 M.
In Pommerellen 8000 M. poln. Anzeigen: Dies-
spaltige Zeile 400 M., auswärts 600 M. Die Reklame-
zeile 1600 M., auswärts 2000 M. Arbeitsmarkt
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Nachnahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksaßen 3290.

Nr. 109

Sonnabend, den 12. Mai 1923

14. Jahrg.

Der Fasziemord in Lausanne.

Der schweizerische Bundesrat hat gestern in einer außerordentlichen Sitzung zu dem Attentat in Lausanne Stellung genommen. Wie es in einer Mitteilung darüber heißt, stellt der Bundesrat fest, daß es sich um eine private Tat der Rache handelt, die um so bedauerlicher ist, als sie an einem Orte verübt wurde, wo gerade eine internationale Konferenz tagt. Er hat beschlossen, nach Lausanne einen hohen Beamten des politischen Departements zu entsenden, um den Opfern des Attentats und ihren Angehörigen das Beileid auszusprechen.

In einem Aufruf der Zentrale der kommunistischen Partei der Schweiz heißt es u. a.: Der grausame Mordanschlag gilt nicht nur Sowjetrußland, er ist das Alarmzeichen für die Eröffnung der fasziistischen Umwälzungen auch in der Schweiz. Proletarier, Arbeiter heraus auf die Straße, ohne Unterschied der politischen Orientierung, auf zum einmütigen Protest!

Nadef, der gestern in Berlin eingetroffen ist, erklärte der Berliner russischen Zeitung „Nacannu“ in einem Interview, die Ermordung Worowskis sei eine indirekte Folge der offiziellen englischen Politik gegen Sowjetrußland. Infolge der durch die Haltung Englands geschaffenen Atmosphäre habe die Schweizer Regierung, obgleich sie hunderte von Spionen zur Beobachtung jedes verdächtigen Russen unterhalte, kein Mittel zum Schutz Worowskis finden können, zu dessen Ermordung offen aufgefordert sei. Nadef äußerte sich dann weiter über die Ausprägung der englisch-russischen Beziehungen, die neue englische Note ziele offensichtlich auf einen Bruch mit Rußland hin. Wenn die Note von der anti-englischen Propaganda der Sowjetregierung spreche, so zerklüfte sich dies aus dem Lager Englands über den Rücktritt des verlässigen anglophilen Rabinovitsch. Nadef legte dann dar, daß Rußland allen englischen Einwirkungen gegenüber sehr leicht Gegenrechnungen präsentieren könne. Wiederholt weist er aber darauf hin, daß die russische Regierung eine gemeinsame Prüfung der gegenseitigen Forderungen zur Beendigung des Konflikts gern sehen würde.

Gestern morgen wurde der Mörder Conradi vom Untersuchungsrichter verurteilt. Er widerholte, daß er seine in Rußland gemartete Familie rächen wollte. Auf die Frage, welchen Organisationen er angehöre, verweigerte er die Auskunft. Eine Spur der Polizei scheint nach Genf zu führen, von wo der Mörder einen Geldbrief erhalten habe. Das Befinden der beiden Verwundeten ist unverändert, sie wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

Der nur leicht verwundete Presschef Ahrens gab bald nach dem Attentat vom Krankenbett aus den Pressevertretern im Hotel Cecil folgende Erklärung ab: Ich klage die schweizerische Regierung formell der stillschweigenden Mitschuld an diesem Mord an, weil sie trotz der öffentlichen Drohungen, die seit Sonntag gegen uns ausgesprochen wurden, keine Maßnahmen ergriffen hat, um diejenigen zu schützen, die im Vertrauen auf ihre Gastfreundschaft hierher gekommen sind. Andererseits trägt auch das Sekretariat der Konferenz, das alles mögliche getan hat, um die Lage der russischen Delegation schwierig und zweideutig zu gestalten, die Verantwortlichkeit für das feige Attentat, dessen Opfer unser Führer gewesen ist, mit. Es ist Sache meiner Regierung, aus diesem Zustand die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Der ermordete Worowski, der in einem Alter von 47 Jahren stand, gehörte zu den ältesten und angesehensten Mitgliedern der bolschewistischen Partei. Er war seit mehr als zwei Jahrzehnten in der russischen Arbeiterbewegung tätig, in der er unter dem Pseudonym V. Orlovski eine führende Rolle spielte. Er gehörte der bolschewistischen Fraktion an, war lange Zeit Mitglied des bolschewistischen Zentralkomitees, redigierte nach 1905 die in Petersburg erscheinende wissenschaftliche Zeitung der Bolschewisten und war besonders als guter Kenner der russischen Agrarfrage bekannt. Nach der Märzrevolution von 1917 wurde er als Führer der Auslandsdelegation der Bolschewisten nach Stockholm geschickt und übte dort nach der Novemberrevolution das Amt eines offiziellen Vertreters Sowjetrußlands aus. Seitdem ist er verschiedentlich in offiziellen diplomatischen Missionen in Westeuropa tätig gewesen, bis er im vorigen Jahre zum russischen Botschafter in Rom ernannt wurde. In der inneren Politik in Sowjetrußland stand Worowski in keiner Beziehung. Um so tragischer erscheint es, daß er nun dem Attentat eines rachsüchtigen fasziistischen Mordbuben zum Opfer gefallen ist.

Die Leiche Worowskis wird auf Verlangen der russischen Botschaft nach Berlin überführt.

Attentat auf Callaux.

Donnerstag nachmittag wurde der frühere Ministerpräsident Callaux in Gesellschaft von vier Freunden von einem Attentäter angefallen. Dieser Attentäter ist der Advokat Etelot, der bereits im Monat November Callaux tödlich angegriffen hatte. Wie aus den Einzelheiten hervorragt, stürzte er sich mit

anderen Manifestanten auf Callaux und verletzte ihn durch Knüttelschläge schwer am Schädel sowie am linken Arm. Auch zwei der Begleiter von Callaux wurden verletzt. Der frühere Ministerpräsident brach bewußtlos auf dem Bürgersteig zusammen. Am Abend konnte er jedoch den Journalisten erklären, daß er eine Untersuchung beantragt habe, deren Resultat er baldigst erwarte.

Englands Schuld.

Im englischen Unterhaus erklärte das national-liberale Parlamentsmitglied Fisher, die britische Regierung müsse die Ruhrfrage vor dem Völkerbunde zur Sprache bringen. Fisher fuhr fort, er sei soeben aus Deutschland zurückgekehrt, wo die Lage äußerst gefährlich sei und sich täglich verschlimmere. Es gebe eine Partei in Deutschland, die die Fortdauer des passiven Widerstandes fordere und erkläre, daß es in einigen Monaten keine Reparationsfrage mehr geben werde, da bis zu dieser Zeit Deutschland ruiniert sei und Frankreich und Belgien mit sich hinabziehen würde. Deshalb müsse die Reparationsfrage sobald wie möglich geregelt werden. Obgleich das deutsche Angebot in seiner jetzigen Gestalt unannehmbar sei, müsse es als Grundlage zu Verhandlungen betrachtet werden.

Sehr scharf ging dann der Redner der Arbeiterpartei, Morel, mit der Politik Frankreichs ins Gericht. Er verwies auch auf die militärischen Inspektionsreisen Kochs durch die französischen Vasallenstaaten im Osten und Südosten Europas, geißelte aber auch die unehrliche Politik Lloyd Georges, der durch seine Schwäche und Wankelmütigkeit Frankreich den Weg geebnet, und Frankreich Entschuldigungen in Menge zu seiner Politik geliefert habe. Daher verlange es die Ehrlichkeit einzugestehen, daß England eine schwere Verantwortung an der Entwicklung der Dinge trage, und daß es jetzt Englands Pflicht sei, mit Entschiedenheit und unter Opfern seinerseits durch Verzicht auf jede Reparationszahlung Frankreich zur Vernunft zu bringen.

Wie Reuters erfährt, ist die britische Antwort auf die deutsche Note nunmehr fertiggestellt, wird der französischen Regierung jedoch heute noch nicht mitgeteilt werden. In diesem Falle könne die Antwort Deutschlands nicht vor Sonntag mitgeteilt werden, da zwischen der Mitteilung an die französische Regierung und der Uebermittlung an Deutschland ein Zeitraum von 24 Stunden liegen müsse.

Rußlands Antwort auf das englische Ultimatum.

Als Antwort auf die britische Note vom 28. April, die auf der sofortigen Freilassung des in den russischen Territorialgewässern festgenommenen englischen Luters besteht, hat Witwinow dem britischen Agenten eine Note übermittelt. Diese bestreitet, wie die russische Telegrammen-Agentur meldet, die Berechtigung der britischen Forderung, eine Dreimeilenzone der Territorialgewässer anzuerkennen. Die russische Regierung lehne es nicht ab, die Frage der territorialen Gewässer einer Konferenz der daran interessierten Mächte zu unterbreiten. Die englische Regierung sei jetzt einer geschäftsmäßigen Besprechung dieser Frage ausgewiesen. Die Sowjetregierung wünsche, sie auf friedlichem Wege zu regeln, lehne aber jede Forderung, ihren sachlichen Standpunkt aufzugeben, ab und sehe in solchen Forderungen einen Anschlag auf die Souveränität Rußlands. Zum Schluß spricht Witwinow die Hoffnung aus, daß die englische Regierung eine gleiche Friedensliebe wie die russische Regierung an den Tag legen werde, was zur befriedigenden Lösung der Frage führen werde.

Ebler von Braun †.

Der Präsident des deutschen Reichswirtschaftsrates Ebler v. Braun ist im 81. Lebensjahre plötzlich verstorben. Braun gehörte in den politischen Fragen zum gemäßigten Flügel der Deutschnationalen Volkspartei, war dagegen ein entschiedener Vorkämpfer der landwirtschaftlichen Interessen. Im Reichstage trat er nur selten öffentlich hervor, dagegen konzentrierte sich seine ganze Tätigkeit auf Versammlungsreden in den verschiedenen Städten des Reiches und auf die Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Berufssachen. Ein Gegner der Erfüllungspolitik, war er einer der hartnäckigsten Widersacher des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth. Menschlich war er eine sympathische Erscheinung, die in allen Parteien großes Ansehen genoss. Braun entstammte der bayerischen Beamten-schaft. Als man das Kriegserbkriegsamt in Berlin errichtete, wurde er in das Direktorium berufen und im August 1917 neben dem Sozialdemokraten Dr. August Müller Unterhauptschreiber dieses Amtes, bei er wäter bis zur Revolution vorstand.

Der Abbruch der Warschauer Verhandlungen.

Polnische Pressestimmen.

Den Abbruch der Verhandlungen zwischen Danzig und Polen benutzte die polnische Presse zu maßlosen Angriffen gegen Danzig. Dabei ist charakteristisch, daß sie sich nicht mehr mit Einzelbeschwerden über angebliche Verstöße des Danziger Senats gegen Polen begnügt, sondern daß sie offen eine völlige Revision des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen verlangt. Der „Kurjer Warszawski“ ist schon in einem förmlichen Kriegsaussagen verfallen. Dieses polnische Blatt ist sogar mit einer Wiederkehr der Hohenzollern einverstanden, wenn es dabei nur Danzig für Polen annexionieren kann. Es schreibt:

Wenn Krieg, dann Krieg. — Polen geht der nationale Charakter Danzigs gar nichts an. Herr Sagan und seine Satrapen können sich den alten Wilhelm, den jungen Wilhelm und zu den Hohenzollern noch die Wittelsbacher holen, das würde uns weder kalt noch warm machen, wenn nur eine einzige Bedingung erfüllt wird: der bedingungslose, freie Zugang zum Meere oder die bedingungslose Ausübung sämtlicher Vorteile des Seehandels. Wir wünschen niemanden zu erschrecken, wir stellen nur die natürlichen politischen Bedürfnisse fest, die niemand und nichts ändern kann und diese Natürlichkeit und Beständigkeit dieser Interessen wird dann in der ganzen Welt richtig eingeschätzt werden, wenn Polen — wie es der Generalkommissar in Danzig am 4. Mai erklärte — an die Revision der rechtlichen Frage des Danziger Gebietes herantreten wird, wenn seine Forderungen nicht erfüllt werden.

Ob das Vorgehen der Danziger Behörden bei der Beschlagnahme der Wohnung in dem strittigen Gebäude in der gegenwärtigen gespannten Lage eine politische Klugheit war, lassen wir dahingestellt. Aus den polnischen Pressemeldungen geht aber hervor, daß es Polen weniger um die 8 oder 4 beschlagnahmten Zimmer geht, sondern daß ihm durch die Beschlagnahme der Räumlichkeiten die Möglichkeit gegeben ist, wieder die Frage der polnischen Handelsskatobeamten erneut zu behandeln, deren Einrichtung in Danzig der Senat abgelehnt hat. Dabei wendet sich der „Kurjer“ auch gegen den Völkerbundskommissar. Das Blatt schreibt:

Es ist schwer zu begreifen, warum der Hohe Kommissar des Völkerbundes, der doch zur Niederhaltung und nicht zur Anregung der deutschen nationalpolitischen Systeme und zur Unterstützung jeglicher Initiative sowohl der polnischen als der deutschen, deren Zweck sein sollte, den brüderlichen Frieden und den engen Beziehungen der Freundschaft zu dem Staate, in den dieselbe sowohl im Gebiete der Zollunion als der gemeinsamen Außeninteressen mit fremden Staaten eingefügt wurde, berufen wurde, diesen Fortschritt nicht so erleidet hat, wie er es verdient hat, nämlich, daß der deutsche Nationalismus in Danzig nicht zur Ordnung gerufen wurde und daß er durch seine neutrale Haltung diese Angelegenheit in so ferne Zeiten hinausgeschoben hat. Das gehört zur Gesamtheit dieser trübseligen Mittelbarkeit in die bis zu diesem Augenblicke die Politik des Hohen Kommissariats in der Freistadt verläuft.

Das polnische Demokratienblatt wendet sich dann gegen die angeblich von Polen gegenüber Danzig geübte Milde, wobei es sich auch gegen den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Plucincki, wendet, der bekanntlich der reaktionären Nationaldemokratie angehört. Das Blatt spricht von einer unbedachten Politik der polnischen Regierung und schreibt dann:

Die Ernennung eines polnischen rechtsstehenden nationalpolitischen Politikers zum polnischen Generalkommissar in Danzig war das Symbol dieser unbedachten und impudischen Politik. Von diesem Augenblicke an haben sich die Verhältnisse mit Danzig noch mehr als irgendwo verzerrt. Das, was jetzt in Danzig geschieht ist, in vor allen Dingen der Beweis für den Mangel jeglichen Einflusses und jeglicher Rührung der polnischen Vertreterschaft, deren Aufgabe es doch war, eine solche Stellung einzunehmen, die eine solche Lage ausschließen müßte. Die Stellung des Generalkommissars ist zum größten Teil eine diplomatische. Ein Diplomat, der es nicht verstanden hat, einen Affront zu vermeiden, zeigt, daß er nicht das Recht hat, seine Stellung so wahrzunehmen, wie er es möchte. Der persönliche Faktor in argeren Verhältnissen zu Danzig hat trotz aller mächtigen wildernden Umstände vollständig verfaßt, daß fällt so in die Augen, daß derselbe sofort schnellstens seine Konsequenzen ziehen muß.

Das Blatt spricht dann weiter vom „bösen Willen des Danziger Senats auf Anweisungen aus Berlin“ und fordert die sofortige Exekution zugunsten der Rechte Polens. Die nationalpolitische „Rzeczpospolita“ erklärt, schon die im Versailles Vertrag festgelegte Lösung der Danziger Frage könne Polen nicht befriedigen, und wenn Polen wirklich einen Zugang zum Meere haben wollte, müsse von nun ab Polens Politik in Bezug auf Danzig eine ganz andere sein als bisher. Das offiziöse Kommuniqué des polnischen Ministeriums spricht wörtlich nicht von Abbruch, sondern von „Aufschiebung“ der Verhandlungen mit Danzig. Damit ist offensichtlich die Möglichkeit gegeben, daß nach einer Beilegung des Streites über die beschlagnahmten Räume in dem Langgarter Gebäude die Verhandlungen mit Polen weitergeführt werden können. Bevor vorher dem Wunsche des „Kurjer“ Betreffs des Rücktritts Plucinckis willfahrt würde, so wäre das im Interesse einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Danzig und Polen nur zu begrüßen.

